

Inhalt

Editorial:

Europas Hoffnung 1

Bericht aus den Institutionen:

Fünf vor Zwölf in der Weltfinanzkrise/ „Ja, aber“ aus Karlsruhe?/ Tusk will europäischen Traum bewahren/ EU-Haushaltsberatungen und Eigenmittel/ Parlament schützt soziale Dienstleistungen/ Arbeitszeitrichtlinie vor der Veröffentlichung/ Mutterschutz scheitert am Rat/ Quartalsbericht zur sozialen Lage/ Flammender Appell/ Anti 1989 in Ungarn 2-8

dbb in Europa:

Heesen: Deutschland muss Vergleich nicht scheuen/ Soziale Dimension des Binnenmarkts vertiefen/ *komba* gegen Liberalisierung der Bodenverkehrsdienste/ Weselsky: Weißbuch Verkehr aufgreifen/ Von Pankow nach Szczecin/ Von Wielkopolska nach Berlin 9-13

Neues von der CESI:

Umstrukturierungen und Arbeitszeitrichtlinie/ CESI-Fachtagung in Amsterdam/ Sicherheit und Gesundheit in Gefängnissen 14-16

Bürger und Verbraucher:

Gute Nachrichten für Feldhamster 17

Ausblick:

Die polnische Präsidentschaft – Chance für eine raschere Entwicklung der EU
Termine 18-20

Einblick:

Gespräch mit Jerzy Buzek, Präsident des Europäischen Parlaments
Impressum 21-24

Editorial

Europas Hoffnung

Griechenland und Portugal aller Rettungsaktionen zum Trotz und nun sogar Italien, dessen Fundamentaldaten eigentlich keinen Grund zur Panik geben, und zuletzt wieder Irland, nun auch mit „Ramschstatus“ - in der Eurozone brennt es lichterloh. Sind es die Spekulanten auf den entfesselten Finanzmärkten, die nun Europa zu einem Parforce-Ritt der Integration zwingen, zur Auflösung des Widerspruchs einer Geld- ohne Fiskalunion? Gibt es aus deutscher Sicht nur noch die Wahl zwischen Skylla und Charybdis - Eurobonds oder Finis Euro? Wir wissen es nicht. Nicht nur die Euro-Finanzminister, die weiter an den Symptomen herumdoktern statt sich den deregulierten Finanzmärkten zuzuwenden, geraten außer Atem. In dieser Ausgabe wenden wir uns einem erfreulicheren Themenschwerpunkt zu: Polen. Denn unser im Windschatten aller Krisen prosperierender Nachbar hat für das zweite Halbjahr die EU-Ratspräsidentschaft übernommen.

Vielleicht ist es gar nicht schlecht, dass die Ratspräsidentschaft nicht Mitglied der Eurozone ist. Denn ein wenig Abstand zum Schlachtengetümmel mag helfen, den Überblick zu bewahren. Zudem erfreut sich Polen einer wachsenden Wirtschaftskraft, rückläufiger Arbeitslosigkeit und niedriger öffentlicher Schulden. Die Finanzkrise konnte Polens Aufstieg nichts anhaben. Die Menschen im Land zwischen Ostsee und Vorkarpaten, das vielen Deutschen nach wie vor fremd und dessen Geschichte doch aufs engste mit der eigenen verwoben ist, blicken hoffnungsfroh und zukunfts hungrig auf Europa. Ministerpräsident Donald Tusk hat die Europäer zu Beginn seiner Ratspräsidentschaft aufgerufen, den europäischen Traum nicht aufzugeben.

Marek Prawda, polnischer Botschafter in Deutschland, schreibt in dieser Ausgabe der *dbb europathemen aktuell* über die Ziele der Ratspräsidentschaft. Sein Landsmann Jerzy Buzek steht an der Spitze des Europäischen Parlaments. Wir sprachen mit ihm über sein Haus und aktuelle europäische Herausforderungen. Dass Europa auch von unten gebaut werden muss und kann, zeigen unsere Beiträge über polnische und deutsche Austauschbeamte. Und natürlich gibt es auch in dieser Ausgabe viele Neuigkeiten aus dem europäischen Gewerkschaftsleben.

Die Redaktion wünscht viel Freude beim Lesen

Fünf vor Zwölf in der Weltfinanzkrise

Die Weltfinanzkrise steuert auf weitere Höhepunkte zu. Während der US-Kongress um eine Anhebung der amerikanischen Höchstschuldengrenze auf über 14 Billionen Dollar ringt, suchen die Finanzminister der Euro-Gruppe verzweifelt nach einer Lösung der europäischen Schuldenkrise, in der zuletzt auch Italien zum Ziel von auf Zahlungsunfähigkeit spekulierenden Finanzmarktakteuren geworden ist. Mittlerweile, so ließ Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble am 12. Juli verlauten, diskutiere man in der Eurozone über den gesamten Instrumentenkasten. Es gibt also keine Tabus mehr. Eine Vergemeinschaftung des Zinsrisikos und Teilschuldungen werden anders als bisher nicht mehr ausgeschlossen. Von einem Sondergipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs Mitte Juli werden nun große Lösungen erwartet. Derweil warnen Experten vor den Gefahren zu einseitig angelegter Sparprogramme. Und das Europäische Parlament drängt auf eine bessere Finanzmarktregulierung sowie automatische Strafen für Schuldensünder.

Wenig Zeit bleibt den USA, ihre Insolvenz zu vermeiden. Anders als in Europa brauchen sich hier aber bloß zwei Parteien einig zu werden. Wenn Republikaner und Demokraten sich auf das Anheben der konstitutionellen Schuldengrenze und diese begleitende fiskalische Maßnahmen einigen, bleibt der Welt ein Finanztsunami erspart. Einigten sie sich nicht, gingen der Weltwirtschaft wohl im August die Lichter aus. Dieses Horrorszenario wird von Analysten als unwahrscheinlich angesehen, weil der Problemdruck eben zu einer Einigung auf dem Capitol Hill führen werde. Gleichwohl bleiben die enorme Schuldenlast der nach wie vor größten Volkswirtschaft der Welt und die hiervon ausgehenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte eine nicht gebannte globale Gefahr.

Nervös ist die Welt auch wegen des Umgangs der Europäer mit ihrer Schuldenkrise. Schon ein so kleines Land wie Griechenland kann, wenn es seine Zahlungsunfähigkeit erklärt, zu Schockwellen in der eng verflochtenen Weltfinanzwirtschaft führen, vor allem und zuallererst aber in Europa. Das belegen die aktuellen Turbulenzen um Italien, das zwar nach Griechenland und relativ zu seiner Wirtschaftskraft den höchsten Schuldenstand in Europa verzeichnet, dafür aber – anders als Hellas – zu den G8 zählt und trotz aller Krisenfolgen über wettbewerbsfähige In-

dustrien verfügt. Zudem hat die Abwertung der irischen Staatsanleihen auf Ramschniveau durch die Ratingagentur Moody's am Abend des 12. Juli den Druck auf die Regierenden massiv erhöht. Denn Irland wäre, schließen sich die beiden anderen großen Ratingagenturen in ihrer Bewertung an, der Weg zum Kapitalmarkt versperrt. Es müsste wie Portugal, das im Juni als Gegenleistung für ein drastisches Sparpaket Hilfen in Höhe von knapp sechs Milliarden Euro aus dem Rettungsfonds EFSF erhielt, weitere Hilfen erhalten.

Vor dem Hintergrund dieser Zuspitzung kann als wahrscheinlich angesehen werden, dass die Euro-Länder sich in diesen Tagen auf weitreichende Lösungen verständigen. Zu diesen zählt möglicherweise nun doch ein griechischer Schuldenschnitt, der auch für Portugal und andere überschuldete Staaten unumgänglich werden könnte. Dieser Schritt wird laut Eurogruppenchef Jean-Claude Juncker inzwischen nur noch von der Europäischen Zentralbank abgelehnt. Diese hat zur Stabilisierung der Banken griechische Staatsanleihen als Garantien akzeptiert und sogar selbst aufgekauft, wäre also im Falle einer Gläubigerhaftung, des von den Anlegern gefürchteten Credit Default, betroffen.



*Schicksalstage für den Euro -
Wolfgang Schäuble in Brüssel*
© Council of the European Union, 2011

Weitere Rettungspakete, die Ausweitung des dem EFSF-Rettungsschirm zur Verfügung stehenden Kreditrahmens von derzeit 780 Milliarden Euro auf 1,5 Billionen oder noch mehr, scheinen vielen Finanzministern trotz der Sorgen der EZB nicht mehr geeignet, der Krise Herr zu werden. Wenn Deutschland nicht die kaum zu kalkulierenden politischen und wirtschaftlichen Kosten eines Auseinanderbrechens der Eurozone in Kauf nehmen will, wird es einer Vergemeinschaftung des Zinsrisikos zustimmen

müssen, wird in Brüssel gemutmaßt. Eurobonds, also gemeinsame europäische Staatsanleihen zu einem Zinssatz, der die Wirtschaftskraft und die öffentliche Verschuldung der gesamten Eurozone spiegelt, hatte Berlin bisher verworfen. Die Sorge der Deutschen: Künftige Staatsanleihen würden für Deutschland deutlich teurer.

Der auf dem EU-Gipfel am 23./24. Juni beschlossene, ab 2013 wirksame dauerhafte Europäische Stabilitätsmechanismus ESM, der den provisorischen Rettungsschirm EFSF ablösen soll, könnte nun so ausgestaltet werden, dass entsprechend der Wirkung von Eurobonds ein gemeinsamer Eurozins entsteht. Einen solchen Weg hatte Berlin bisher strikt abgelehnt, da er faktisch einen europäischen Finanzausgleich begründen würde. Mit Spannung wird nun der Sondergipfel des Europäischen Rats vom 15./16. Juli erwartet.



Stifteten in den vergangenen Tagen mit Äußerungen zur Schuldenkrise Verunsicherung, IWF-Chefin Christine Lagarde und Eurogruppenchef Jean-Claude Juncker. Christine Lagarde attestierte Griechenland nach der Verabschiedung eines weiteren nationalen Sparprogramms, für das Athen Ende Juni die Zusage eines zweiten Rettungspakets in Höhe von 120 Milliarden Euro erhalten hat, es müsse weitere Sparanstrengungen unternehmen. Jean-Claude Juncker sprach in verschiedenen Wendungen von einer möglichen Teilentschuldung des Landes

© Council of the European Union, 2011

Das Europäische Parlament fordert weiterhin automatische Sanktionen, wenn Euro-Staaten die Stabilitätskriterien des Euro nicht einhalten. Ein Gesetzespaket, das so genannte Six-Pack, dem das Parlament in weiten Teilen zustimmen muss, wird zurzeit von Straßburg blockiert, um den Rat zum Einlenken zu bewegen. Die Regierungen tendieren bisher dazu, es bei dem Verfahren zu belassen, dass sie selbst darüber befinden, ob Sanktionen gegen Schuldner greifen. Dies habe in der Vergangenheit nicht funktioniert, sagen die Parlamentarier. Eine Krähe hacke der anderen kein Auge aus. Insbesondere Deutschland und Frankreich waren hier mit un-

rühmlichem Beispiel vorangegangen. Gleichzeitig fordert das Parlament eine bessere Regulierung des Finanzmarkts und unterstützt die EU-Kommission in ihren Überlegungen zu einer unabhängigen europäischen Ratingagentur. Kommissarin Viviane Reding fordert sogar eine Zerschlagung der drei amerikanischen Ratingagenturen. Ihr für den Binnenmarkt zuständiger Kollege Michel Barnier spricht sich dafür aus, dass Staaten, die Hilfen des EFSF und des IWF erhalten, vom Rating ausgenommen sein sollen.

Wirtschaftsexperten warnen derweil vor den Folgen der Sparprogramme für das Wirtschaftswachstum in Europa. Die Sparbemühungen wirkten prozyklisch, verstärkten also die Krisen eher als dass sie sie linderten. Zinsen bedienen oder gar Schulden abbauen kann nur, wer Steuern einnimmt, wird hier argumentiert. Und wenn die Wirtschaft stagniert oder gar schrumpft, leidet auch die Einnahmeseite der Staaten. Dringend nötig sei hingegen eine funktionierende Finanzmarktaufsicht. Der Tenor zahlreicher Kritiker lautet: Hochspekulative Geschäfte, die nicht dem Absichern von Zins- und Wechselkursrisiken dienen, gehören verboten. Den Weltfinanzmarkt ordnet keine unsichtbare Hand. Spekulativer Herdentrieb und Panikschübe lassen die Indizes an den Weltbörsen wie Fieberkurven ausschlagen. Sie sind die augenfälligen Symptome einer Krankheit, die das deregulierte Weltfinanzsystem befallen hat. Auch die bisherigen Schritte zur Stärkung der Bankenaufsicht und der Eigenkapitalanforderungen der Kreditinstitute reichen vielen Ökonomen noch nicht aus.



Der EVP-Abgeordnete Markus Ferber (CSU), hier im Parlament, erklärte Anfang Juli: „Nicht jedes Finanzmarktgeschäft, das hohe Gewinne einfährt, ist sinnvoll. Wir müssen den gesamten Finanzmarkt im Auge haben, klare Spielregeln vorgeben und systemische Risiken eindämmen.“

© Europäisches Parlament, 2011

Erneut ein „Ja, aber“ aus Karlsruhe?

Am 5. Juli verhandelte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die Zulässigkeit des ersten Rettungspakets für Griechenland und des Rettungsschirms EFSF. Geklagt hatten der als EU-Skeptiker bekannte CSU-Politiker Peter Gauweiler und eine Gruppe von Professoren, die bereits zur Euro-Einführung für den Erhalt der D-Mark gestritten hatten. Neben mit der Materie befassten Abgeordneten des Bundestags wurde eine Reihe von Sachverständigen angehört. Das Urteil wird für den Herbst erwartet.

Beobachter gehen davon aus, dass Karlsruhe sich in der Frage der Vereinbarkeit des EFSF mit EU-Recht für nicht zuständig erklären wird. Der Ball läge dann im Feld des Europäischen Gerichtshofs. Die Zulässigkeit des Griechenland-Rettungspakets dürfte Karlsruhe wohl bejahen, dieses Ja jedoch mit einem ‚aber‘ versehen. Wie schon in seinem Urteil zum Lissabon-Vertrag vom 30. Juni 2009 wird es wohl wieder auf die besondere Verantwortung des Bundestages abheben. Diese könnte allerdings schwerwiegende Folgen für die Ausgestaltung des dauerhaften Rettungsschirms ESM haben, da dieser womöglich zeitlich befristet werden müsste oder zumindest seine Anwendung fortan unter Parlamentsvorbehalt stünde. Insgesamt wird aber ob des Verlaufs der Anhörung erwartet, dass das Bundesverfassungsgericht ein Urteil fällen wird, das der Politik Spielräume lässt.



Sitz des Bundesverfassungsgerichts
© derhajoe - Fotolia.com

Tusk will europäischen Traum bewahren

Der polnische Premierminister Donald Tusk sprach anlässlich seiner Auszeichnung mit dem Karlspreis 2010 von seinem „Traum von Europa“. Ein Jahr später steht sein Land erstmals an der Spitze des Europäischen Rats. Auch bei seiner Antrittsrede im Europäischen Parlament Anfang Juli pries Tusk die Errungenschaften der Europäischen Union. Doch trotz aller Europa-Euphorie, die laut jüngsten Umfragen auch etwa 80 Prozent seiner Landsleute teilen, steht Tusks Regierung vor großen Herausforderungen. Als Land, das den Euro noch nicht eingeführt hat, kann Polen in der Schuldenkrise nur eine Nebenrolle spielen. So werden vor allem die Diskussion um den neuen Haushalt und die innere und äußere Sicherheit die polnische Ratspräsidentschaft prägen.

„264.960 Minuten für die Stärkung der internationalen Stellung der EU“ stünden Polen während seiner Ratspräsidentschaft zur Verfügung, rechnet die polnische Botschaft stolz vor. Doch Polen übernimmt den Vorsitz in politisch stürmischen Zeiten. Konfrontiert mit dem ersten konkreten Vorschlag der EU-Kommission zum mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 muss der polnische Vorsitz nun versuchen, die Interessen des Parlaments und der Kommission zu koordinieren, ohne dabei die eigene Position aus den Augen zu verlieren. Auch beim Thema Sicherheit wird die polnische Regierung gleich zu Beginn ihrer Amtsperiode auf die Probe gestellt. Die wiedereingeführten Kontrollen an der deutsch-dänischen Grenze werden für Spannungen sorgen. Doch Tusk hat eine klare Maxime: „Die Antwort auf die Krise ist mehr Integration und mehr Europa“, so der Premierminister vor dem Europäischen Parlament.



Ratspräsident Donald Tusk über Europa: „Es ist der beste Ort der Welt, etwas Besseres hat sich noch niemand erdacht“
© Europäisches Parlament, 2011

Beginn der EU-Haushaltsberatungen - Streit um europäische Eigenmittel

In den nächsten zwei Jahren wird es in der EU hitzige Debatten über den neuen Finanzrahmen für 2014 bis 2020 geben. Noch liegen die Vorstellungen von Rat, Kommission und Parlament weit auseinander. Und auch die Präsidentschaftswahlen in Frankreich im Mai 2012 werden die Verhandlungen verzögern, da Frankreich vorher kaum zu Zugeständnissen bereit sein dürfte. Aufsehen erregte nun der erste ausführliche Entwurf der EU-Kommission für einen neuen Finanzrahmen. Neben einer Ausweitung der Finanzen fordert die Kommission auch neue Eigenmittel. Kommissionspräsident José Manuel Barroso sieht die EU mit diesem Vorschlag auf dem richtigen Weg: „Unser Haushalt antwortet auf die Sorgen von heute, auf die Anforderungen von morgen und konzentriert sich darauf, wo Ausgaben auf EU-Ebene einen echten Mehrwert bieten.“

An den von der Kommission geforderten neuen Eigenmitteln gibt es viel Kritik, vor allem an der von Barroso für diesen Zweck ins Spiel gebrachten Steuer auf Finanztransaktionen. Außenminister Westerwelle kritisierte diesen Vorstoß: „Es gibt keinen Bedarf für eine solche Steuer, denn die EU hat kein Finanzierungsproblem.“ Auch andere nationale Regierungen lehnen diesen Vorschlag der Kommission kategorisch ab. Zudem soll die EU nach den Vorstellungen der Kommission künftig einen größeren Teil der nationalen Mehrwertsteuer bekommen als bisher.



Jutta Haug ist auch Vorsitzende des SURE-Sonderausschusses (Sonderausschuss zu den politischen Herausforderungen und den Haushaltsmitteln der Union für die Zeit nach 2013)
© Europäisches Parlament, 2011

Vor überspitzter Kritik warnte hingegen Jutta Haug, die stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments. Der Vorschlag der Kommission gehe zwar nicht

weit genug und müsse nachgebessert werden. Gerade deshalb aber fordert sie eine sachliche Debatte darüber, welche Aufgaben die Europäische Union verstärkt erfüllen und neu abarbeiten solle. „Populistischer Unsinn und Schnellschusserklärungen bringen uns da nicht weiter“, so Haug.

Bislang wird der Haushalt zu einem überwiegenden Teil aus direkten Transfers aus den Mitgliedstaaten bestritten, die einen festgelegten Anteil ihres Bruttonationalprodukts abtreten. Auf diese Transfers wurden häufig länderspezifische Ausnahmen ausgehandelt, der bekannteste ist der so genannte „Brittenrabatt“. Diese vertraglich festgelegte Ausnahme für Großbritannien würde die Kommission gerne abschaffen und durch verhandelbare Ausnahmeregelungen ersetzen. Ob die britische Regierung sich auf eine solche Änderung ihrer Privilegien einlassen wird, bleibt zumindest fraglich.



Schon Margaret Thatcher wollte „ihr Geld“ zurück und bekam es auch, allerdings erst drei Jahre später als dieses Bild aufgenommen wurde
© European Commission 1981

Auch bei den politischen Schwerpunkten will die Kommission neue Wege beschreiten. Der Anteil der Agrarzahllungen soll um etwa fünf Prozent zurückgehen. Dafür soll es moderate Erhöhungen der Mittel für Wettbewerbsfähigkeit, Kohäsion, Sicherheit und Unionsbürgerschaft geben. Die Verwaltungsausgaben sollen nicht steigen, was in der Praxis zu Stellenkürzungen führt. Insgesamt soll der Haushalt von bislang 925 auf 972 Milliarden Euro anwachsen. Damit läge er nach wie vor bei etwa einem Prozent des Bruttonationaleinkommens der Mitgliedstaaten. Die aktuelle deutsche Diskussion über den Finanzrahmen wird auf einem Internetblog des [Auswärtigen Amtes](#) und auch auf den Seiten der [Europäischen Bewegung](#) Deutschland ausführlich erläutert.

Parlament schützt soziale Dienstleistungen

Die EU-Kommission hatte mit der Binnenmarktakte eine Reihe von Maßnahmen angekündigt, darunter auch eine Verordnung zu Sozialdienstleistungen. Befürchtungen, Brüssel könne hier Marktöffnungen durchsetzen wollen, wurden laut. Auch der dbb hat Stellung zur Binnenmarktakte genommen und darin die Notwendigkeit weitreichender Entscheidungsspielräume für die öffentliche Hand betont. Das Europäische Parlament hat sich nun in Form einer Entschließung mit großer Mehrheit gegen eine diese Entscheidungsfreiheit einschränkende europäische Rechtsetzung ausgesprochen.

„Die Kommunen können aufatmen, denn wir stellen uns gegen eine Bevormundung aus Brüssel“, erklärte der CDU-Europaabgeordnete Thomas Mann am 5. Juli in Brüssel. Eine Kommissionsinitiative, der das Parlament zustimmen muss, gilt somit als unwahrscheinlich. Von möglichen Neuregelungen betroffen gewesen wären soziale Dienstleistungen, die in Deutschland vor allem auf kommunaler Ebene erbracht werden wie etwa Krankenhäuser, Altendienste und Kindertagesstätten, womöglich aber auch die im deutschen Föderalismus in besonderer Weise geregelte Arbeitsverwaltung.



Thomas Mann während einer Anhörung
© Europäisches Parlament, 2011

Die [Entschließung](#) des Europäischen Parlaments gründet auf einem Bericht des irischen Sozialdemokraten Proinsias De Rossa über die Zukunft der Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse (SDAI). In der verabschiedeten Entschließung heißt es unter Ziffer 38: „Das Europäische Parlament unterstreicht, dass die EU und die Mitgliedstaaten nach den Verträgen verpflichtet sind, eine soziale Marktwirtschaft zu entwickeln und das europäische Sozialmodell aufrechtzuerhalten; [es] unterstreicht, dass es den Mitgliedstaaten und

den lokalen Behörden möglich sein muss, unter Nutzung aller verfügbaren Optionen selbst darüber zu entscheiden, wie die SDAI finanziert und erbracht werden sollen (ob direkt oder anderweitig), einschließlich von Alternativen zur Ausschreibung, um auf diese Weise sicherzustellen, dass ihre sozialen Zielvorgaben verwirklicht werden und nicht durch die Anwendung von Binnenmarktvorschriften auf nicht marktgebundene Dienstleistungen behindert werden.“



Proinsias De Rossa
© Europäisches Parlament, 2011

Neuer Anlauf zur Arbeitszeitrichtlinie?

Noch beraten die europäischen Sozialpartner darüber, ob sie in Verhandlungen über eine Änderung der europäischen Arbeitszeitrichtlinie eintreten. Mit einer Einigung wird aber nicht gerechnet. Zu weit liegen die Positionen von Gewerkschaften und Arbeitgebern auseinander. Die Hauptstreitpunkte betreffen die Definition von Bereitschaftsdienstzeit und die Optout - Regelungen, also die möglichen Ausnahmen von der zulässigen Wochenhöchst Arbeitszeit. Die Arbeitgeber wollen nun gar nicht mehr über das Optout reden, sondern nur noch über Bereitschaftsdienst und über bezahlten Jahresurlaub, obwohl der Europäische Gerichtshof (EuGH) diese Punkte bereits zugunsten der Arbeitnehmer entschieden hat. Sobald die Sondierungsgespräche zwischen Europäischem Gewerkschaftsbund und den privaten und öffentlichen Arbeitgebern, Business Europe, UEAPME für die kleineren und mittleren Unternehmen, und CEEP, beendet sind, ohne dass sich Verhandlungen anschließen, kann die Kommission von ihrem Initiativrecht Gebrauch machen und einen neuen Vorschlag zur Änderung der Richtlinie veröffentlichen.

Besserer Mutterschutz scheitert am Rat

Die EU-Kommission hatte 2008 eine Überarbeitung der Mutterschutzrichtlinie vorgeschlagen. Das Europäische Parlament forderte daraufhin eine europaweite Anhebung des Mutterschutzes von derzeit mindestens 14 auf 20 Monate. Dies lehnt der Rat ab. Protest gab es vor allem von der deutschen Bundesregierung. Das bisherige Niveau sei vollkommen ausreichend. Insgesamt sei die Situation in Deutschland sogar besser als vom Parlament vorgeschlagen und die Initiative deshalb überflüssig, argumentierte Bundesfamilienministerin Kristina Schröder. Am 17. Juni lehnte der Rat für Beschäftigung und Sozialpolitik den Vorschlag des Parlaments nun vorläufig ab. Das Thema ist damit aber nicht endgültig vom Tisch. Die polnische Ratspräsidentschaft könnte sich der Thematik in den kommenden Monaten annehmen, das zumindest hofft EU-Kommissarin Viviane Reding.

Neuer Quartalsbericht zur sozialen Lage

Der aktuelle [Quartalsbericht](#) der Europäischen Kommission zur sozialen Lage und Beschäftigungssituation in der Europäischen Union gibt eine verhalten positive Einschätzung der Entwicklung im ersten Quartal 2011. Der Arbeitsmarkt erhole sich zusehends, allerdings müsse deutlich zwischen den einzelnen Ländern unterschieden werden. Einige EU-Staaten, vor allem die mit einer bereits niedrigen Arbeitslosenquote profitierten deutlich stärker vom allgemeinen Produktionsanstieg als andere.

Insgesamt ist dem Bericht zufolge in den vergangenen Monaten ein moderater Anstieg der Löhne und Gehälter zu beobachten. Ebenso nähmen aber auch das Armutsrisiko und das Risiko zur sozialen Ausgrenzung zu. Finanzielle Probleme würden sich mehr und mehr auch durch materielle Entbehrungen bemerkbar machen. Bestimmte Gruppen seien von dieser Problematik stärker betroffen als andere. So sei zum Beispiel die Jugendarbeitslosigkeit deutlich zurückgegangen, liege aber mit gut 20 Prozent noch weit über der allgemeinen Arbeitslosenquote von 9,4 Prozent. Auch Migranten und niedrig Qualifizierte seien überdurchschnittlich häufig von Arbeitslosigkeit betroffen.

Flammender Appell

Es fehlt nicht an warnenden Stimmen, die allgemeine Politik- und Parteienverdrossenheit, befeuert von Globalisierungsängsten und aktueller Krisenerfahrung, fresse sich immer tiefer in das feine Gewebe der Demokratie. Das sei abzulesen an konstant abnehmenden Wahlbeteiligungen und am Mitgliederschwund der Parteien. Renationalisierungstendenzen und antieuropäische Stimmungen seien nur die sichtbaren Zeichen einer Vertrauenskrise, die sich in einigen EU-Staaten bereits zu einer Demokratiekrise ausgewachsen habe. 71 von 99 deutschen EU-Abgeordneten haben nun einen flammenden Appell an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gerichtet.

Die Parlamentariergruppe der Europa-Union Deutschland, jenes nach dem Zweiten Weltkrieg in Syke bei Bremen gegründeten Verbands von deutschen Europa-Visionären, hat Deutschland am 9. Juni dazu aufgerufen, Europa auch bei Gegenwind nicht aus den Augen zu verlieren. Der Sozialdemokrat Matthias Grootte ist Vorsitzender der fraktionsübergreifenden EU-Parlamentariergruppe der Europa-Union. Er erklärte für die 71 EU-Abgeordneten, Europa sei nicht die Ursache der aktuellen Finanz- und Schuldenkrise, sondern die Lösung. „Deshalb beobachten wir mit Sorge einen Trend zum Rückfall in nationale Egoismen, die wir längst überwunden glaubten“, so Grootte. Europa müsse sich wieder seiner Ideale der Gründerzeit erinnern, um im globalen Wettbewerb zu bestehen. „Wir warnen deshalb vor jeglicher Renationalisierung in Deutschland und anderswo.“



*Brüsseler Motorraddemo für Europa, vorneweg der EU-Abgeordnete Matthias Grootte
© Europäisches Parlament 2011*

Anti 1989 in Ungarn

Die Wende vom Kommunismus zur Demokratie sei 1989 nur halbherzig vollzogen worden, sagt Ungarns Regierungschef Viktor Orbán. Nun will der Ministerpräsident 1989 vollenden. Seine Kritiker befürchten aber ein „Anti 1989“. Gestützt auf seine Zweidrittelmehrheit lässt Orbán Gesetze ohne Debatte im Eiltempo verabschieden. Allen europäischen Standards zum Trotz gelten diese Gesetze teils sogar rückwirkend, so beispielsweise bei der rückwirkenden Besteuerung in Höhe von 98 Prozent von Abfindungen im öffentlichen Dienst. Orbán und seine Fidesz-Partei verändern das Land nachhaltig. Am 27. Juni wurden fünf Parteifreunde Orbáns als Verfassungsrichter gewählt. Orbáns Fidesz-Partei und die mit ihr regierenden ungarischen Christdemokraten änderten die Verfassung, um sich auch am teilentmachteten höchsten Gericht Mehrheiten zu sichern. Die Amtszeit der Richter wurde von neun auf zwölf Jahre verlängert. Bürger sollen das Verfassungsgericht nicht mehr anrufen können.

„Die ungarische Regierungspartei Fidesz treibt den Umbau des Staates voran“, schreibt der österreichische Standard, eines Staates, der gemäß neuer Verfassung keine Republik mehr ist. In Wien und den österreichischen Medien wird noch Notiz von dem genommen, was sich jenseits der östlichen Landesgrenzen vollzieht. Andersorts in Europa herrscht nach der verrauchten Empörung über das Mediengesetz Schweigen.



Budapest in der Abenddämmerung
© Gina Sanders - Fotolia.com

Vereinzelt versuchen ungarische Regierungskritiker im europäischen Ausland auf die neuen Verhältnisse aufmerksam zu machen. Die Regierung konzentrierte in außergewöhnlicher Weise ihre Macht, „zementierte“ ihre eigenen Leute in zentralen Positionen, heißt es auch in Arbeitnehmerkreisen. Mit den Gewerkschaften etwa spricht Orbán

längst nicht mehr. Vielmehr soll er erklärt haben, seine demokratische Legitimation ermächtigte ihn, beide im Sinne des ungarischen Volkes zu vertreten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Beobachter sprechen inzwischen von einem Klima der Angst, das die Menschen ergriffen habe. Einer der angesehensten Publizisten Ungarns, József Debreczeni, spricht offen von einer Autokratie. Der Ministerpräsident habe seine Zweidrittelmehrheit dazu missbraucht, alle Positionen mit eigenen Leuten zu besetzen, die sonst für die Kontrolle der Regierung zuständig seien. „So kommt es, dass das System der demokratischen Institutionen formell noch vorhanden ist, de facto jedoch wie eine Autokratie funktioniert“, so Debreczeni.



Viktor Orbán, Ungarns starker Mann - Zu Oppositionszeiten erklärte Orbán, so zitiert in der deutschsprachigen *Budapester Zeitung* vom 7. Juli 2008: „Die politische Richtung, die das Schicksal einer Nation bestimmt, muss vom Volkswillen vorgegeben werden ... im Gegensatz zu jeglicher Wahl, die mit Lug und Trug gewonnen wird ... Wenn die bestehende Verfassungsordnung der Demokratie nicht förderlich ist – unter den derzeitigen Umständen ist sie das in Ungarn nicht – müssen jene konstitutionellen Institutionen und Garantien geschaffen werden, mit deren Hilfe die ungarische Demokratie sich selbst verteidigen kann ... Wir müssen bloß einmal gewinnen, dann aber so richtig.“ (Tusnádfürdő, 22. Juli 2007)
Foto © Europäischer Rat; Christos Dogas

Ehemalige Opfer des kommunistischen Regimes haben sich Ende Juni anlässlich eines bevorstehenden Staatsbesuchs Hillary Clintons hilfesuchend an die US-amerikanische Außenministerin gewandt. Unter den Unterzeichnern des Aufrufs sind der vielfach ausgezeichnete Schriftsteller und Karlspreisträger György Konrad und der ehemalige Budapester Bürgermeister Gabor Demszky. In ihrem Appell heißt es: „Der historische Besuch von Präsident George Bush 1989 hatte zur Schaffung der ungarischen Demokratie beigetragen. Helfen Sie uns jetzt, sie zu retten.“

Heesen: Deutschland muss europäischen Vergleich nicht scheuen

Den Haushaltskurs fortsetzen, bessere Bildung, mehr Effizienz der öffentlichen Ausgaben für Pflege und Gesundheit und vor allem mehr Reformeinsatz – kurz gefasst sind das die Empfehlungen, die der Europäische Rat Ende Juni für Deutschland formulierte. „Insgesamt steht Deutschland im europäischen Vergleich gut da. Es freut mich, dass die Kommission auch den Beitrag der Arbeitnehmer zu dieser Leistung würdigt“, kommentierte dbb-Chef Peter Heesen die länderspezifischen Empfehlungen der Europäischen Kommission. Nach wie vor müsse aber zum Beispiel mehr für die Bildung getan werden, so wie es auch in den Empfehlungen gefordert wird. „Mehr Investitionen in Bildung sind dringend geboten. Deutschland muss seine Position als Bildungsland ausbauen“, so Heesen.

Ein besonderer Schwerpunkt der Empfehlungen ist die gezielte Förderung von Frauen, älteren Arbeitnehmern, gering qualifizierten Arbeitskräften und Drittstaatsangehörigen. Der Bundesvorsitzende lobt die Zielsetzung, kritisiert aber die vorgeschlagenen Mittel: „Richtig ist, dass wir alle Menschen fördern müssen. Andernfalls wird Deutschland im Rahmen des demographischen Wandels vom Fortschritt abgehängt“, zeigt sich Heesen überzeugt. Dies sei eine Frage von Gerechtigkeit und sozialem Ausgleich. „Aber die Hoheit über Steuerreformen liegt nach wie vor bei jedem einzelnen Mitgliedstaat und das soll auch so bleiben“, sagte Heesen mit Blick auf die EU-Empfehlung, Deutschland möge das Ehegattensplitting abschaffen.



Peter Heesen
© dbb, 2011

Kritik übt der Bundesvorsitzende auch an der Empfehlung, Deutschland müsse den mit der ‚Schuldenbremse‘ verknüpften Kontroll- und

Sanktionsmechanismus weiter stärken. Der Blickwinkel sei zu einseitig auf strikte Haushaltsdisziplin gerichtet. „Ein stabiler Haushalt ist ein wichtiges Kriterium. Aber wir müssen aufpassen, dass wir nötige Investitionen wie zum Beispiel in Bildung und Verwaltung nicht vernachlässigen“, so Heesen. Die angestrebte Haushaltsdisziplin durch die Schuldenbremse dürfe zudem nicht zu einer Schwächung des öffentlichen Diensts führen, in dem seit 1990 bereits ein Drittel aller Stellen eingespart wurde und der mit gerade mal 12 Prozent Anteil am Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich bereits sehr kostengünstig sei. „Der öffentliche Dienst ist eine wichtige Grundlage für die wirtschaftliche Stärke Deutschlands und darf deshalb nicht geschwächt werden“, so Heesen.

Im Rahmen der Strategie Europa 2020 und des Euro-Plus-Pakts musste jedes Mitglied der Europäischen Union bis April ein nationales Reformprogramm vorlegen, das die Reformbemühungen der jeweiligen Regierungen skizzieren sollte. Auf dem Europäischen Rat Ende Juni beschlossen die Staats- und Regierungschefs nun die länderspezifischen Empfehlungen, die faktisch eine Bewertung durch die EU der nationalen Reformprogramme sind. Trotz der Bezeichnung „Empfehlung“ betrachtet die Europäische Kommission die vorgelegten Bewertungen als verbindlich.



Soziale Dimension des Binnenmarkts vertiefen

Die Europäische Kommission will den Binnenmarkt reformieren, um zusätzliche Wachstumspotentiale in Europa freizusetzen. Die Generaldirektion Binnenmarkt und Dienstleistungen der Kommission hatte im April eine Mitteilung veröffentlicht, die das Brüsseler Vorhaben unterstreicht, den europäischen Binnenmarkt weiter auszubauen. Der dbb, der sich bereits zum Jahresanfang an einer Konsultation zur so genannten „Binnenmarktakte“ beteiligt hatte, hat im Juni Stellung genommen. Der dbb betrachtet einen gut funktionierenden europäischen Binnenmarkt als essentiell für die europäische Wohlfahrtsentwicklung. Gleichzeitig fordert der dbb aber eine Vertiefung der sozialen Dimension des Binnenmarkts.

Die EU verfolgt seit Jahren das Ziel, den europäischen Binnenmarkt im Kontext der Globalisierung wettbewerbsfähiger zu gestalten. Zum Wettbewerb der großen Wirtschaftsregionen der Welt

gehören laut dbb aber nicht nur ökonomische Kostenfaktoren sondern auch systemrelevante Größen wie die demokratische Ordnung und die Rechtsstaatlichkeit. Auch sei allen Sozialmodellen der EU-Staaten – trotz ihrer unterschiedlichen Ausgestaltung – gemeinsam, dass sie sich – in unterschiedlichem Maße – durch solidarisch organisierte, an Vorstellungen der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs ausgerichtete beitrags- oder steuerfinanzierte Sozialsysteme auszeichnen. In diesen spielten staatliche Leistungen, soziale Dienstleistungen und Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse eine große Rolle.

Gerade in Bezug auf diese öffentlichen Dienstleistungen sieht der dbb Probleme. Denn die Kommission will die Dienstleistungsfreiheit auch für viele soziale Dienste durchsetzen. Die Kommission bemüht sich seit Jahren, weite Bereiche öffentlicher und sozialer Dienstleistungen zu liberalisieren, den Zugang Privater zu ermöglichen und damit die Ausnahmen vom europäischen Wettbewerbsrecht möglichst eng zu fassen. Der dbb hingegen betrachtet öffentliche Dienstleistungen, die in Deutschland als Leistungen der Daseinsvorsorge bezeichnet werden, als konstitutiv für die demokratische und sozialstaatliche Ordnung der Mitgliedstaaten. Aus Sicht des dbb handelt es sich um öffentliche Güter, deren Kontrolle letztlich in den Händen des Souveräns liegen muss. Im kommunalen Raum, wo im Vergleich mit der Bundes- und der Landesebene die meisten öffentlichen Dienstleistungen erbracht werden, ist dies in Deutschland im – mittlerweile auch auf EU-Ebene als Grundrecht anerkannten – Verfassungsgrundsatz der kommunalen Selbstverwaltung gewährleistet. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Kommissionsvorhaben zur Vereinfachung des europäischen Vergaberechts in Bezug auf öffentliche Aufträge.

Die Weiterentwicklung des Binnenmarkts liegt auch aus dbb Sicht in deutschem Interesse. Der Binnenmarkt sichere Deutschlands Zukunft, das als rohstoffarmes Land auf den Handel mit hochwertigen Industriegütern und Dienstleistungen angewiesen sei. Der Binnenmarkt gewährleiste einen einheitlichen Rechtsraum ohne Handelsbarrieren, biete Deutschland einen Markt mit 500 Millionen Einwohnern. Insofern ist die Grundhaltung des dbb zu Verbesserungen bei den vier europäischen Grundfreiheiten, die die Antriebskräfte dieses Binnenmarkts darstellen, grundsätzlich positiv. Kritisch zu bewerten ist aus dbb Sicht

aber, dass die Kommission mit der Mitteilung über die Binnenmarktakte nur bedingt eine europaweite Diskussion ermöglicht. Viele der aufgeführten Leitaktionen seien ohnehin geplant, so etwa die Überarbeitung der Entsenderrichtlinie, oder offenbar bereits in weit fortgeschrittenen Planungsstadien, so etwa die Maßnahmen, die die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse betreffen.

■
komba gewerkschaft gegen Liberalisierung der Bodenverkehrsdienste

„Seit Jahr und Tag fordern wir, dieses unsinnige Vorhaben aufzugeben“, sagt Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender der komba gewerkschaft. Silberbach, der seit Anfang Juni stellvertretender dbb Bundesvorsitzender ist, warnt vor Sicherheitslücken, wenn Billiganbieter die Vorfelddienste an den Flughäfen übernehmen. Besonders in Frankfurt am Main, am größten deutschen Flughafen, sind Mitglieder der komba gewerkschaft in großer Sorge. Hans-Jürgen Schmidt, Komaner und langjähriges Betriebsratsmitglied in der Fraport AG, warnt vor massivem Lohn – und Sozialabbau bei den Beschäftigten. Gemeinsam mit seinen Frankfurter Kolleginnen und Kollegen und Gewerkschaftern aus zahlreichen europäischen Staaten hat er am 21. Juni in Luxemburg gegen die von der EU-Kommission verfolgte Liberalisierung der Bodenverkehrsdienste demonstriert. Auch aus dem Europäischen Parlament kommt Unterstützung für die Beschäftigten.



*komba-Chef und dbb Vize Ulrich Silberbach:
„Wir setzen auf das Europäische Parlament, das sich auch in der Vergangenheit auf die Seite der Arbeitnehmer gestellt hat.“
© Marco Urban, 2011*

„Was die EU-Kommission hier will, geht voll zu Lasten der Arbeitnehmer“, kritisiert Ulrich Silberbach das Brüsseler Festhalten an einer Liberalisie-

rungsrichtlinie. Die *komba gewerkschaft* werde alles tun, um die Beschäftigten zu schützen, versichert Silberbach. Insbesondere am größten deutschen Flughafen, in Frankfurt am Main, werden die Bodenverkehrs- beziehungsweise Bodenabfertigungsdienste noch in öffentlich-rechtlicher Regie geführt. Für die Beschäftigten gilt der Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst (TVÖD), weil die Stadt Frankfurt am Main und das Land Hessen mit 51 Prozent an der Fraport AG beteiligt sind.

Die Arbeit im so genannten Vorfeldbereich des Flughafens, das Be- und Entladen der Flugzeuge, die Wartung der Maschinen oder die Instandhaltung der Start- und Landebahnen sind ein hartes Geschäft, „echte Knochenarbeit“, wie Betriebsrat Hans-Jürgen Schmidt sagt. Vor allem ist die Aufgabe eine sehr verantwortungsvolle. „Sinkende Löhne und eine hohe Fluktuation bei den Mitarbeitern führen aber nicht zu der von der Kommission gewünschten höheren Qualität, sondern werden zunehmend zu einem Sicherheitsrisiko auf dem Flughafen“, so Schmidt.



Hand in Hand mit Gewerkschaften aus ganz Europa gingen die Komaner aus Frankfurt in Luxemburg auf die Straße. Betriebsrat Hans-Jürgen Schmidt: „Wir von der komba gewerkschaft werden alles zum Erhalt der Arbeitsplätze und einer gerechten Bezahlung in Europa unternehmen.“
© komba gewerkschaft, 2011

Dennoch plant Brüssel weiterhin, die Bodenverkehrsdienste auf dem Wege einer Richtlinie für den Wettbewerb zu öffnen. Ein Betrieb in Eigenregie wie in Frankfurt am Main wäre demnach nicht mehr möglich, eine europaweite Ausschreibung der Dienste zwingend vorgeschrieben. Die Betroffenen befürchten von einer solchen Liberalisierung die Delegation der Aufgabe an Billiganbieter. Zu den Kritikern gehören nicht nur die betroffenen Beschäftigten und ihre *komba gewerkschaft*. Auch im Europäischen Parlament gibt

es fraktionsübergreifend Widerstand gegen die geplante Liberalisierung. Der sozialdemokratische EU-Abgeordnete Norbert Neuser etwa warnt in einer Pressemitteilung vom 16. Juni vor den Folgen der Richtlinie: „Der soziale Fortschritt darf nicht auf der Strecke bleiben, sonst findet Europa bei den Bürgerinnen und Bürgern keine Akzeptanz.“ Und sein christdemokratischer Kollege Thomas Mann hatte bereits als Berichterstatter des Beschäftigungsausschusses beim ersten am Parlament gescheiterten Marktöffnungsversuch klar ablehnend erklärt: „Ich bin dagegen, dass dieser Markt von der EU-Kommission mit der Brechstange weiter liberalisiert wird und dabei Arbeitsplätze gefährdet werden.“

Weselsky: Ratspräsidentschaft muss Weißbuch aufgreifen

„Das Weißbuch Verkehr darf nicht einfach zu den Akten gelegt werden. Europa darf dieses Zukunftsthema nicht verschlafen“, kritisierte Claus Weselsky, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), die Ergebnisse des Rats für Verkehr, Telekommunikation und Energie. Die Europäischen Verkehrsminister konnten sich am 16. Juni in Brüssel auf keine weiteren Schlussfolgerungen zum aktuellen Weißbuch Verkehr einigen und auch die polnische Ratspräsidentschaft plant nicht, dieses Thema im zweiten Halbjahr wieder aufzugreifen. „Es kann nicht sein, dass zukunftsweisende Konzepte verfasst werden, die dann nicht mehr weiterverfolgt werden“, so Weselsky.

Zwar erklärte EU-Verkehrskommissar Siim Kallas, dass die einzelnen Reformvorschläge des Weißbuchs, das erst im März 2011 präsentiert worden war, weiterverfolgt würden, doch Weselsky zeigte sich skeptisch. „Im Weißbuch wird das Ziel formuliert, vor allem den Güterverkehr deutlich zu stärken. Die europäischen Schienennetze sind noch nicht so offen und leistungsfähig, wie sie sein müssten!“ Ohne ein umfassendes Gesamtkonzept werde es nur wenige Fortschritte geben. Deshalb dürfe die EU-Kommission die im Weißbuch formulierten Ziele nicht aus den Augen verlieren. Es gehe um ein umfassendes europäisches Verkehrskonzept, das ohne gemeinsame Anstrengung Zukunftsmusik bleibe, so Weselsky. „Ich hoffe, dass die polnische Ratspräsidentschaft ihre Meinung noch ändert und das Weißbuch wieder auf die nächste Ratsagenda setzt.“

Kritisch betrachtet Weselsky die Strategie der Bundesregierung, die bei der Frage weiterer Liberalisierungen im Schienenverkehr nun offenbar neue Wege beschreite. „Die Liberalisierung im deutschen Schienenverkehr ist im europäischen Vergleich schon sehr weit fortgeschritten.“ Eine weitere Entflechtung von Netz und Betrieb, wie in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben, werde aber offensichtlich nicht weiter verfolgt. So geht der Wettbewerb in Deutschland weiterhin auf Kosten des Netzes. Da Deutschland außerdem den Markt am weitesten geöffnet habe und andere Länder nach wie vor ihren abschotteten, könne es zu Wettbewerbsverzerrungen kommen. „Insoweit ist die Marktöffnung in anderen europäischen Ländern zwingend erforderlich“, so der GDL-Chef.



Claus Weselsky
© dbb, 2011

Ob dabei die Beibehaltung dieses Integrationsmodells in Deutschland, also Netz und Betrieb in einer Hand zu behalten, und der Ansatz europaweit Regulierungsbehörden zu schaffen tatsächlich der richtige Weg für den Liberalisierungsprozess sei, müsse erst noch bewiesen werden, so Weselsky. Offensichtlich gebe es zwischen der Bundesregierung und der Europäischen Kommission ein Einverständnis, einen Weg der langsameren Öffnung zu gehen. „Da der deutsche Markt offen für Wettbewerber ist, muss jedoch das immer noch vorhandene Lohndumping im Eisenbahnverkehrsmarkt tarifpolitisch beendet werden. Es muss Schluss sein mit Gewinntransfer ins Ausland in einem mit deutschen Steuergeldern hoch subventionierten Markt“, fordert Weselsky.

Vom Bezirksamt Pankow nach Szczecin

„Ich war beeindruckt von der Menschlichkeit und dem Improvisationstalent, mit dem die Kollegen in Polen ihre Arbeit erledigen“, fasst Detlev E. Gagel seinen Eindruck von seinem Austausch in die Verwaltung in Szczecin zusammen. Der Leiter des Sozialpsychiatrischen Dienstes im Bezirk Pankow, der auch Sprecher im Fachausschuss Psychiatrie des Bundesverbands der Ärztinnen und Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes (BV ÖGD) ist, wechselte für einen Monat seinen Arbeitsplatz in Berlin gegen den Arbeitsalltag in der polnischen Verwaltung. Der Austausch wurde durch Mittel des Leonardo-da-Vinci-Programms gefördert und von den Verwaltungen der beiden Städte organisiert. „Auch wenn nicht immer alles nach Plan verlaufen ist, kann ich nur jedem raten, einen solchen Austausch mitzumachen“, ist Gagel mit Blick auf die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst überzeugt.

Für die Zeit seines Aufenthaltes im Jahr 2009 war der Arzt von seinen Aufgaben in Beratung, Begutachtung und Krisenintervention im Bezirksamt Pankow freigestellt. Die Unterkunft, der Transport und Ausflüge vor Ort in und um Szczecin waren durch die EU-Förderung gedeckt. Zusammen mit Gagel hatten auch Mitarbeiter aus unterschiedlichen Ämtern wie zum Beispiel dem Sozialamt und dem Standesamt die Möglichkeit, praktische Erfahrungen in Polen zu sammeln.



Detlev E. Gagel mit Dorothea Csejka, seinerzeit wie er im Verwaltungsaustausch, vor einem polnischen Amtsgebäude
© D. E. Gagel

Auf polnischer Seite wurde das Programm in Szczecin von einer Nicht-Regierungsorganisation in enger Kooperation mit der Verwaltung umgesetzt und betreut. „Neben der Arbeit hatten wir auch die Möglichkeit, unsere Kollegen näher kennenzulernen“, so der Mediziner, der nur Lob für die polnischen Mitarbeiter findet. Auch nach dem

Austausch gebe es gute Kontakte über die Ländergrenzen hinweg. „Wir tauschen uns regelmäßig über aktuelle Fragen aus und geben uns gegenseitig Ratschläge für die tägliche Arbeit“, so Gagel. Zum Programm gehörte auch die Hospitation im Verein „Dom pod Fontana“ (Haus der Quelle), wo psychisch kranke Menschen ein tagesstrukturierendes Angebot erhalten.

In Polen erwarteten ihn gänzlich andere Bedingungen. „Es gibt keine vergleichbare kommunale Struktur in der sozialpsychiatrischen Versorgung. Das Gesundheitsamt ist zentral organisiert und für ordnungsbehördliche Maßnahmen zuständig“, so Gagel. Die psychiatrische Versorgung fände vor allem in den Krankenhäusern und bei niedergelassenen Ärzten statt. Zudem gebe es in Polen kaum ergänzende Einrichtungen in der sozialpsychiatrischen Versorgung wie zum Beispiel therapeutische Wohngemeinschaften für seelisch behinderte Menschen. In den niedergelassenen Praxen werde die Versorgung auf privatwirtschaftlicher Basis finanziert. Gagel zollt seinen polnischen Kollegen nach seinem Austausch großen Respekt. „Das war ein ungewohntes Arbeitsumfeld: die Alltagsherausforderungen für Ärzte in Szczecin sind komplett anders. Es war beeindruckend zu sehen, wie sie vor Ort ihre Arbeit bewältigen!“

Von Wielkopolska nach Berlin

„Uneingeschränkt ja!“ lautet die Antwort von **Jakub Wysocki** auf die Frage, ob er einen Austausch ins Nachbarland Deutschland empfehlen könne. Der Mitarbeiter des Büros für Internationale Zusammenarbeit im Marschallamt der Woiwodschaft Wielkopolska spricht noch immer begeistert von seiner Zeit in der Senatskanzlei Berlin. „Die Arbeit mit den Kollegen und der Einblick in ihren Arbeitsalltag war eine sehr wichtige Erfahrung für mich“, so Wysocki. Für seine tägliche Arbeit in der deutsch-polnischen Kooperation sei es sehr hilfreich, die Strukturen in der deutschen Verwaltung besser zu kennen. „Die Aufgaben, die wir in Polen erledigen, sind häufig die gleichen wie in Deutschland, die Herangehensweise ist es nicht immer.“ Es sei gut, sich der Unterschiede, aber auch der Gemeinsamkeiten bewusst zu sein.

In seiner täglichen Arbeit beschäftigt sich Wysocki mit der Koordination der deutsch-polnischen Zusammenarbeit auf Ebene der Bundesländer.

2009 kam er als Hospitant für einen Monat in die Senatskanzlei Berlin und konnte dort in der Abteilung für Europaangelegenheiten Kollegen persönlich kennenlernen, mit denen er bislang nur telefonisch in Verbindung stand. „Die festen Kontakte nach Berlin hatte ich bereits vor der Hospitation. Nun konnte ich aber ganz praktisch miterleben, wie sich die Kollegen in Berlin gegenseitig unterstützen und über konkrete Projekte und Initiativen austauschen.“ Da auch die deutschen Kollegen von solchen Hospitationen profitieren – auch sie bekommen über den neuen Mitarbeiter Einblick in die Arbeit in Polen – wurde Wysockis Aufenthalt durch die Hertie Stiftung unterstützt, die sich besonders für die Oder-Partnerschaft einsetzt. Außerdem stellte die Senatskanzlei ihrem Austauschmitarbeiter eine Wohnung zur Verfügung.



Jakub Wysocki während seines Austauschs in Berlin
© J. Wysocki

Besonders in Erinnerung blieb Wysocki eine Alltagserfahrung mit dem deutschen Föderalismus bei einem Arbeitstreffen zur Vorbereitung eines Bundesratsbeschlusses mit Vertretern aller Bundesländer. „Das hat mir wirklich imponiert, eine solche Sorgfalt bei der Arbeit an einem Beschluss habe ich noch nie erlebt“, zeigt er sich nach wie vor beeindruckt. Wenn auch einiges anders sei in Berlin, unterscheide sich der Arbeitsalltag am Ende aber nicht groß von seinem eigenen. Gerade deshalb sei es wichtig diese Gemeinsamkeiten zu kennen, um noch besser zusammen an Projekten arbeiten zu können. „Im Großen und Ganzen sind wir mit den gleichen Themen, Problemen, Projekten und Initiativen konfrontiert.“ Einen entscheidenden Unterschied zu seiner Arbeit in Polen konnte Wysocki dann aber doch entdecken „In Berlin musste ich nicht so früh aufstehen!“

Umstrukturierungen und Arbeitszeitrichtlinie

Die Arbeiten im sozialen Dialog der Zentralverwaltungen nehmen an Fahrt auf. Seit Dezember vergangenen Jahres ist der Dialog formalisiert, der Ausschuss und seine Arbeitsgruppen haben bereits mehrfach getagt. Die in der gemeinsamen Delegation TUNED zusammengeschlossenen Gewerkschaften CESI und EGÖD und die öffentlichen Arbeitgeber haben sich viel vorgenommen. Zwei besonders wichtige Themen standen Ende Juni während einer Sitzung des Ausschusses in Budapest auf der Tagesordnung.

Der europäische Ausschuss für den sozialen Dialog der Zentralverwaltung strebt an, sich aktiv an einem Konsultationsverfahren der Kommission zum Thema „Umstrukturierungen“ zu beteiligen. Aus Sicht des Ausschusses geht es um die Rechte der Beschäftigten in den europäischen Zentralverwaltungen, wenn Umstrukturierungen im öffentlichen Sektor erfolgen.



Sozialer Dialog
© m.schuckart - Fotolia.com

Zudem will sich der Ausschuss in die Novellierung der Arbeitszeitrichtlinie einbringen. Dies soll zunächst, im September, durch eine europaweite Umfrage zum Stand der Umsetzung der geltenden Richtlinie in den Zentralverwaltungen erfolgen. Und weitere europapolitisch zentrale Befassungen stehen an. Der Präsident des Ausschusses, Jackie Leroy von der Arbeitgeberplattform EUPAE, und sein Vize, Charles Cochrane von der gemeinsamen Gewerkschaftsdelegation TUNED, haben einen Brief an den Kommissions- und den ständigen Ratspräsidenten geschrieben. Darin bitten sie um stärkere Einbeziehung der Zentralverwaltung in die EU 2020-Strategie und in die weitere Umsetzung der Binnenmarktakte.

CESI-Fachtagung zu Vielfalt als Chance

Ein öffentlicher Dienst, der nicht nur den Bürgern dient, sondern auch die Vielfalt der Menschen widerspiegelt, für die er arbeitet: oft ist dieses Ziel noch nicht erreicht, ist die öffentliche Verwaltung in Europa eben noch nicht ein Spiegelbild der Bevölkerung. In Amsterdam diskutierten etwa 130 Gewerkschafter aus ganz Europa am 23. und 24. Juni auf einer Fachtagung der CESI-Akademie über die Vielfalt im öffentlichen Dienst und wie diese Herausforderung zur Chance für die Verwaltung werden kann. Vor allem ging es um die Frage, wie der Sprung von Absichtserklärungen hin zu messbaren Ergebnissen zu schaffen ist.

Nicht ohne Grund hatte die CESI-Akademie Amsterdam als Veranstaltungsort ausgesucht, gelten die Niederlande doch als Vorreiter in gesellschaftlichem Fortschritt und bei der Erprobung neuer Konzepte. Eric de Macker, Präsident der Gewerkschaft CNV Publieke Zaak, wies dann auch in seiner Begrüßung darauf hin, dass ähnlich wie die Belegschaft im öffentlichen Dienst der Niederlande auch die CNV etwa ein Verhältnis von 50 Prozent Männern zu 50 Prozent Frauen habe. Sein Kollege Albert van der Smissen von der niederländischen Finanzgewerkschaft NCF betonte ebenfalls die herausragende Rolle der Niederlande als Vorreiter, wies aber auch darauf, dass trotz aller Fortschritte noch keine repräsentative Vielfalt erreicht sei, weder im öffentlichen Dienst noch bei den Privaten, noch bei den Gewerkschaften.



Der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Chef der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) Klaus Dauderstädt in der Diskussion mit Eric de Macker, dem Vorsitzenden der niederländischen Gewerkschaft CNV Publieke Zaak

Alle Bilder © CESI 2011

Seit langem wird auch im Rahmen der EU unter dem Stichwort Vielfalt vor allem die Frage der Gleichstellung von Frauen und Männern diskutiert. Dabei ist die Gleichberechtigung der Geschlechter nicht nur ein Thema für die freie Wirtschaft, sondern auch für den öffentlichen Dienst in seiner Vorbildfunktion. Auch hier erreichen Frauen nach wie vor die so genannte gläserne Decke: ab einer bestimmten Karrierestufe ist für viele Schluss.



Die stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und SPD-Bundestagsabgeordnete Kirsten Lühmann

Kirsten Lühmann, stellvertretende dbb Bundesvorsitzende und Präsidentin der CESI – Frauenrechtskommission FEMM, sieht die Gründe hierfür nicht zuletzt in der Leitungsebene. „Wenn das Führungspersonal nicht davon überzeugt ist, dass Vielfalt benötigt wird, dann wird es auch keine Fortschritte geben“, so Lühmann. Häufig werde bei Neueinstellungen jemand bevorzugt, der in das vorhandene Muster passt. „Männliche Personaler stellen im Zweifelsfall eben eher einen männlichen Bewerber ein als eine Bewerberin“, beklagt die dbb-Vizechefin. Hier könne zum Beispiel durch gezielte Schulungen ein Mentalitätswechsel erreicht werden. Auch der Präsident der CESI-Akademie, Wilhelm Gloss fordert nachvollziehbare Personalentscheidungen. „Leistungsstarke Verwaltungen brauchen motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Personalentscheidungen sind hierfür die Basis, die durch nichts zu ersetzen ist“, so Gloss.

Klaus Dauderstädt unterstützte Lühmann und Gloss in der Forderung nach mehr Offenheit und mehr Perspektiven bei der Personalauswahl. Der stellvertretende dbb-Vorsitzende und Präsident der CESI-Sozialkommission SOC kritisierte zudem, dass viele Verwaltungen vorhandene Vielfalt nicht richtig nutzten. „Wir müssen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch die Möglichkeit geben, Qualifikationen zu realisieren und dabei Entscheidungsspielräume auszuschöpfen!“ so Dauderstädt. „Häufig bleiben Potentiale im öffentlichen Dienst ungenutzt. Jede und jeder Einzelne muss die Chance haben, seine Fähigkeiten voll entfalten zu können“, fordert Dauderstädt. Nur so könne Vielfalt im öffentlichen Dienst zur Geltung kommen.

Der Generalsekretär der CESI, Helmut Müllers, hob hervor, dass es in den vergangenen Jahren bereits Fortschritte gegeben habe. „Der öffentliche Dienst befindet sich im ständigen Wandel und passt seine Dienstleistungen flexibel den Bedürfnissen einer modernen Gesellschaft an.“ Nur so habe er sich in den Zeiten der Wirtschaftskrise als starker Partner von Politik und Wirtschaft, aber auch als stabilisierender Faktor in der Gesellschaft bewähren können, so Müllers. Außerdem legte der CESI-Generalsekretär Wert darauf, dass die viel beschworene Vielfalt kein Selbstzweck, sondern eine Notwendigkeit sei. Vielfältige Profile brächten besondere Fähigkeiten, Erfahrungen und Kenntnisse in den öffentlichen Dienst ein, so Müllers. Der damit verbundene Perspektivenwechsel sei auch zum Vorteil aller Arbeitnehmer. „Da sind wir uns einig, Gleichstellung zwischen Frauen und Männern ist ein gewerkschaftliches Muss“, so Müllers.



CESI-Generalsekretär Helmut Müllers



Sicherheit und Gesundheit in Gefängnissen

„Es gibt immer mehr Häftlinge in immer weniger Gefängnissen und vor allem immer weniger Strafvollzugsbeamte“, beklagt Mark Freeman die Auswirkungen der Sparmaßnahmen vieler europäischer Länder. Der Vorsitzende des CESI-Berufsrats Justiz sieht eine große Gefahr für die Justizvollzugsbeamten. „Immer weniger Bedienstete müssen immer mehr Aufgaben wahrnehmen.“ Stress werde ein immer größeres gesundheitliches Problem für Gefängniswärter, so Freeman am 21. Juni bei der Sitzung des Berufsrats in Brüssel. Sein Kollege Anton Bachl, Bundesvorsitzender des Bunds der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD), rügt ebenfalls die Sparmaßnahmen. „Der Justizbereich ist sehr sensibel, Stellenkürzungen bedeuten hier sofort eine deutlich stärkere physische und psychische Belastung für den einzelnen Beamten!“ Das neue Grünbuch der Kommission zur U-Haft begrüßt Bachl.

Aktuelle Erhebungen des EU-Statistikamts Eurostat zeigen, dass fast überall in Europa ein Mangel an Haftplätzen herrscht. Teilweise kommen durchschnittlich 150 Häftlinge auf hundert Haftplätze. „Und sogar diese Zahlen sind mit äußerster Vorsicht zu betrachten. Sie drücken nämlich nicht die tatsächlichen Belegungssituationen und die damit verbundenen Belastungen für die Bediensteten und die Gefangenen aus“, kritisiert Bachl. Es fehle an europaweiten Standards für entsprechende statistische Aussagen.



Der BSBD-Bundesvorsitzende Anton Bachl
© dbb, 2011

So würden zwar die Belegungsquoten in Deutschland von einzelnen Bundesländern mit etwa hundert Prozent und sogar darunter angegeben, so dass demnach also keine Überbelegung gegeben wäre. Bei genauer Betrachtung sei aber festzustellen, dass eine erhebliche Anzahl der Gefangenen, zum Teil über vierzig Prozent, in resozialisierungsschädlichen Mehrfachbelegungen

untergebracht seien. „Dies dürfte in einzelnen EU-Ländern sogar noch schlimmer sein“, so BSBD-Chef Bachl. So würden nicht nur die Gefängnisbediensteten stark belastet, auch die Gesundheit der Insassen leide unter diesen Umständen. Mark Freeman warnt deshalb vor Spannungen und ruft zu mehr Solidarität mit seinem Berufsstand auf. „Gefängniswärter spielen eine wichtige Rolle bei der Stabilisierung der europäischen Gesellschaften. Dabei dürfen sie nicht allein gelassen werden.“

Der BSBD-Bundesvorsitzende Bachl sieht die Politik in der Pflicht, die Situation in den Gefängnissen zu beruhigen. „In den vergangenen Jahren hat es überall in Europa, auch bei uns in Deutschland, Privatisierungen im Bereich der Justiz gegeben“, so Bachl. Dies habe sich in der Praxis als großer Fehler herausgestellt. „Gefängnisse können nicht wie private Betriebe geführt werden. Sie müssen unter besonderen rechtsstaatlichen Gesichtspunkten geleitet werden“, so der BSBD-Chef. Ausdrücklich begrüßt er deshalb, dass die Politik nun teilweise Fehler der Vergangenheit rückgängig mache. „Es ist gut, wenn die Politik an diesem wichtigen Punkt wieder auf den rechtsstaatlich unbedenklichen Weg einschwenkt“, kommentiert Bachl die Rückkehr zu rein staatlich geführten Gefängnissen, so wie sie zum Beispiel in Baden-Württemberg im April beschlossen wurde. Aber vielerorts, wie etwa in Großbritannien, sei diese Erkenntnis noch nicht angekommen. „Dies muss sich unbedingt ändern. Gefängnisse sind keine Orte für Kapitalinteressen“ sagt Bachl.

Grundsätzlich lobt Bachl auch die Initiative der EU-Kommission, das gegenseitige Vertrauen im europäischen Rechtsraum zu stärken. Am 14. Juni hatte die Europäische Kommission ein Grünbuch vorgelegt, das sich mit der Anwendung der europäischen Strafrechtsvorschriften im Bereich des Freiheitsentzugs auseinandersetzt. „Der Strafvollzug ist hoheitliche Aufgabe der einzelnen Mitgliedstaaten. Daran darf sich auch nichts ändern“, kommentierte Bachl den Vorstoß der Kommission. Gleichzeitig könne eine bessere Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten durchaus hilfreich sein. „In der Zusammenarbeit mit Strafvollzugsbehörden anderer Mitgliedstaaten brauchen wir eine noch stärkere Vernetzung, auch um einheitlichere Straf- und Vollzugsnormen zu erreichen. Eine konkrete Herausforderung ist zum Beispiel die unterschiedliche Dauer der Untersuchungshaft in den einzelnen Mitgliedstaaten“, so Bachl.

■

Wann verfällt der Urlaubsanspruch?

Wenn ein Arbeitnehmer Urlaub nimmt, soll er sich von seiner Arbeit erholen. Deshalb verfällt der [Urlaubsanspruch](#) auch nicht während einer Krankheitsphase. Schließlich erholt sich der Arbeitnehmer in dieser Zeit von seiner Krankheit und nicht von seiner Arbeit. Auch bei längerer Abwesenheit wird der Urlaubsanspruch angesammelt. Doch wie lange? Mit dieser Frage beschäftigt sich derzeit der Europäische Gerichtshof (EuGH). Verhandelt wird ein Fall, in dem ein Arbeitnehmer für drei Jahre, während derer er krankheitsbedingt nicht arbeiten konnte, seinen Urlaub ausbezahlt haben wollte, aber nur einen Teilbetrag zugesprochen bekam. Ein Gutachten der Generalanwaltschaft des EuGH kommt nun zu dem Schluss, dass der Urlaubsanspruch nur über 18 Monate angesammelt werden könne, da danach der eigentliche Sinn, sich von der Arbeit zu erholen, nicht mehr gegeben sei. Alle Mitgliedstaaten sollten sich möglichst an dieser Frist orientieren. Das Urteil der Richter wird in einigen Monaten erwartet.

Gute Nachrichten für Feldhamster

Der Feldhamster, der auch Europäischer Hamster genannt wird, steht unter „strengem Schutz“. Zu dieser [Einschätzung](#) gelangt der EuGH in einem aktuellen Urteil. Überall in der Europäischen Union müsse darauf geachtet werden, dass der Bestand der Tiere nicht zurückgehe. Dazu gehöre vor allem, „jede Beschädigung oder Vernichtung der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten“ zu verhindern. Der Nager, auf den die DDR wegen einer zu großen Population noch Fangprämien auslobte, ist mittlerweile in weiten Teilen Europas vom Aussterben bedroht. Viele Länder haben Programme zu seinem Schutz aufgelegt. Diese müssten aber auch ernsthaft betrieben und nicht vernachlässigt werden, urteilten die Richter.

Schleichwerbung auch ohne Honorar verboten

Auf seine uneigennütigen Absichten verwies ein griechischer Fernsehsender, als er sich vor den Richtern des EuGH für Schleichwerbung verantworten musste. Ein Beitrag über kosmetische Zahnbehandlungen war nach Ansicht der Richter klar als [Schleichwerbung](#) für einen bestimmten Anbieter einzuordnen, da nicht explizit auf die Werbeabsicht aufmerksam gemacht wurde. Die Verantwortlichen des Senders stellten diese Werbeabsicht gar nicht in Frage, verwiesen aber darauf, dass sie keinerlei Honorar für ihre Leistungen erhalten hätten. Die Richter zeigten sich unbeein-

druckt und erklärten, dass wohl kaum jede Art von Gegenleistung, nicht zuletzt schwarz gezahlte Gelder, nachweisbar sei und deshalb in diesem Falle allein die Absicht der Schleichwerbung zähle.

Keine Mehrkosten bei beschädigter Ware

Bislang war nicht klar, ob der Verbraucher für die Transport- und Umbaukosten bei beschädigter Ware aufkommen muss. Der EuGH musste anhand [zweier Fälle](#) aus Deutschland entscheiden, wie in solchen Fällen zu verfahren sei. In einem Fall hatte eine Verbraucherin selbst für den Einbau einer Spülmaschine bezahlt, die sich im Nachhinein als defekt herausstellte. In einem zweiten Fall hatte ein Kunde irreparable Schleifspuren auf neuen Fliesen erst bemerkt, als der Großteil bereits verlegt war. Daraufhin wurden die schadhafte Fliesen herausgerissen und neue mussten verlegt werden. Die Richter des EuGH urteilten nun, dass Kunden für Kosten, die durch den Mehraufwand des Ausbaus und neu Einbaus entstehen, nicht aufkommen müssen.



Auch er freut sich, dass es die DDR nicht mehr gibt
© jokatoons - Fotolia.com

Flug nach dem Start annulliert

Fluggesellschaften müssen, wenn der EuGH dem [Schlussantrag](#) der Generalanwaltschaft folgt, in Zukunft auch dann Entschädigungen für annullierte Flüge zahlen, wenn der Flug bereits begonnen hat. Im vorliegenden Fall war das Flugzeug gestartet, musste aber aufgrund technischer Probleme zum Ausgangsflughafen zurückkehren. Es sei nicht möglich, diesen begonnenen Flug in irgendeiner Weise als teilerbrachte Leistung zu werten. Die Fluglinie habe die gleichen Verpflichtungen, als sei der Flug noch vor dem Start abgesagt worden, urteilten die Richter.

**Die polnische Präsidentschaft:
Chance für eine raschere Entwicklung der EU**

von Dr. Marek Prawda, Botschafter der Republik Polen

Am 1. Juli hat Polen zum ersten Mal in seiner Geschichte den Ratsvorsitz in der Europäischen Union übernommen. Im Laufe der 184 Tage der Präsidentschaft werden wir uns bemühen zu zeigen, dass Polen ein verlässlicher Partner ist, dem das gemeinsame europäische Interesse am Herzen liegt. Polen möchte während seiner Präsidentschaft mit seinen Initiativen dazu beitragen, Europa auf den Weg eines raschen Wirtschaftswachstums zu bringen, um den Wohlstand seiner Bürger zu mehren. In seinem Bestreben, die EU auf ein Gleis nachhaltiger Entwicklung zu lenken, wird sich die polnische Präsidentschaft auf drei grundlegende Prioritäten konzentrieren: die europäische Integration als Quelle des Wirtschaftswachstums, ein sicheres Europa, ein Europa, das von Offenheit profitiert.

Die Europäische Integration als Quelle des Wirtschaftswachstums

Die EU hat ihre Schlussfolgerungen aus der Krise gezogen. Es entstehen neue Prinzipien des Wirtschaftsmanagements und neue Instrumente, wie der Europäische Stabilisierungsmechanismus, mit deren Hilfe eventuelle Rückfälle in die Krise verhindert werden sollen. Die polnische Ratspräsidentschaft ist jedoch der Auffassung, dass die EU eine neue Etappe einleiten sollte. Es ist an der Zeit, ein neues Modell für das Wirtschaftswachstum auszuarbeiten, mit dem in der EU auch in den nächsten Jahrzehnten ein entsprechendes Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung zur Sicherung des Wohlstandes der EU-Bevölkerung gewährleistet werden kann. Will Europa im globalen Maßstab wettbewerbsfähig sein, darf es sich nicht nur auf die Sanierung der öffentlichen Finanzen und die Beschränkung des Haushaltsdefizits konzentrieren. Notwendig sind zusätzliche Maßnahmen.

So wird die polnische Ratspräsidentschaft auf eine Stärkung des Wirtschaftswachstums durch die Entwicklung des Binnenmarkts und auf die Nutzung des EU-Haushalts zum Aufbau eines wettbewerbsfähigen Europas hinwirken.

Die polnische Ratspräsidentschaft vertritt den Standpunkt, dass eines der Instrumente zur Sicherung eines dauerhaften Wirtschaftswachstums für ganz Europa ein neuer, auf viele Jahre ausgelegter EU-Haushalt sein muss. Genau zur Zeit der polni-

schen Ratspräsidentschaft beginnt die formale Diskussion über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020. Die polnische Ratspräsidentschaft ist der Meinung, dass der neue EU-Haushalt ein Investitionsinstrument zur Umsetzung der Strategie „Europa 2020“ sein sollte. Durch den neuen Haushalt soll bestätigt werden, dass eine intensivierte Zusammenarbeit im Rahmen der EU die richtige Antwort auf die Wirtschaftskrise ist und dass die Kohäsionspolitik die wichtigste Politik der EU zu bleiben hat. Denn Nutznießer dieser Politik sind heute und in Zukunft alle EU-Mitgliedstaaten.



Marek Prawda, Polnischer Botschafter in Deutschland
© Polnische Botschaft 2011

Eine wesentliche Frage ist auch die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU zum Zwecke der Modernisierung der europäischen Landwirtschaft und zur Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Ein Ziel der polnischen Ratspräsidentschaft ist auch die Vollendung des einheitlichen Binnenmarkts, so dass das Potential dieses Marktes in seiner ganzen Fülle genutzt werden kann.

Mit besonderem Nachdruck wird die Entwicklung elektronischer Dienstleistungen verfolgt. Hier geht es um den Abbau von Hindernissen bei der Abwicklung grenzüberschreitender Online-Transaktionen sowie um die Weiterführung der Bemühungen zur Senkung der Roaming-Telefongebühren. Schätzungen besagen, dass 60 Prozent der Online-Transaktionen in Europa wegen rechtlicher Hindernisse nicht zustande kommen. Deshalb werden im Rahmen der Präsidentschaft Arbeiten an einem 28. Rechtssystem eingeleitet, mit dem der Abschluss von Kaufverträgen im Bereich des Binnenmarktes und damit auch potentielle Internet-Transaktionen für 500 Millionen Bürger erleichtert werden. Das neue Rechtssystem würde neben die bereits bestehenden 27 Systeme treten.

Im Rahmen der Reform des Binnenmarktes will sich die polnische Ratspräsidentschaft auch mit der Verbesserung der Situation von kleinen und mittleren Unternehmen beschäftigen, insbesondere mit der Frage ihres Zugangs zu Kapital. Kleine und mittlere Firmen haben eine Schlüsselrolle für das europäische Wirtschaftswachstum, da sie circa 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften und fast 70 Prozent der Arbeitsplätze generieren. Deshalb werden von der polnischen Ratspräsidentschaft die Initiativen der Europäischen Kommission im Bereich der Zugangserleichterung zu Kapitalmärkten und Hochrisikofonds unterstützt. Unterstützung sollen kleine und mittlere Unternehmen auch auf Drittlandmärkten erhalten. Die Ratspräsidentschaft wird auch den Abschluss der Arbeiten an einem kostengünstigen für die europäischen Unternehmer leicht zugänglichen Patentsystem anstreben. Das Fehlen eines europäischen Patents ist zu kostspielig für unsere Wirtschaften, deshalb ist diese Frage rasch einem Ende zuzuführen. Der polnische Ratsvorsitz wird das Änderungspaket der Europäischen Kommission in den EU-Marktrichtlinien – die Binnenmarktakte – unterstützen. Unser Land ist zudem Gastgeber eines wichtigen Ereignisses zur Förderung der Binnenmarktentwicklung, und zwar des Binnenmarktforums (Single Market Forum – SIMFO).

Sicheres Europa – Ernährung, Energie, Verteidigung

„Sicheres Europa“ bedeutet die Stärkung der Sicherheit auf vielen verschiedenen Ebenen. Erstens muss Europa seine makroökonomische Sicherheit verbessern. Die Stärkung des Wirtschaftsmanagements in der EU ist eine der Hauptaufgaben der polnischen Ratspräsidentschaft im Wirtschafts- und Finanzbereich. Die Ratspräsidentschaft wird ferner Maßnahmen und Vorschläge fördern, die einer besseren Regulierung und Aufsicht über die Finanzmärkte wie auch der Ausarbeitung von Grundsätzen für das Krisenmanagement dienen. Hierbei geht es um den Schutz der Finanzmärkte vor negativen Folgen der Krise und um die Erhaltung ihrer Stabilität.

Als weiteren Schritt in Richtung „sicheres Europa“ betrachtet die polnische Ratspräsidentschaft die Schaffung von Grundlagen für eine Energie-Außenpolitik der EU. Der polnische Ratsvorsitz befürwortet die Ausarbeitung von Lösungen zur Stärkung einer solchen Politik. Polen ist davon überzeugt, dass die Position der EU gegenüber den Haupterzeugerländern, Verbrauchern und Transitländern von Energierohstoffen an Stärke gewinnen

könnte. Dazu müssen aber aktive Maßnahmen der EU auf dem internationalen Energiemarkt ergriffen werden. Das könnte zugleich Einsparungen und bessere Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung nach sich ziehen.

Die polnische Ratspräsidentschaft ist auch der Auffassung, dass eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik zur effektiveren Nutzung der EU-Mittel zur Stärkung der Sicherheit in Europa beitragen kann. In einer derart gestärkten Gemeinsamen Agrarpolitik müssten die Orientierung auf den Markt aufrechterhalten und öffentliche Güter berücksichtigt werden, darunter die Nahrungsmittelsicherheit und die multifunktionale Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Gebiete. Eine Schlüsselbedeutung für die GAP-Reform werden Entscheidungen über die Direktzahlungen und über die Unterstützung der Entwicklung ländlicher Gebiete haben.



Polen
© adamgolabek - Fotolia.com

„Sicheres Europa“ bedeutet auch die Sicherheit seiner Grenzen. Während unserer Ratspräsidentschaft wollen wir den Abschluss der Arbeiten an der Änderung der Frontex-Verordnung vorantreiben. Frontex ist die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen von Mitgliedstaaten der EU. Es geht darum, dass Frontex die Mitgliedstaaten in Krisensituationen effektiver unterstützen soll, zum Beispiel in Situationen, wie wir sie im Zusammenhang mit den Ereignissen in Nordafrika und im Nahen Osten erleben. Ein wichtiges Element der polnischen EU-Ratspräsidentschaft ist auch die militärische und zivile Stärkung der EU. Die Präsidentschaft wird Maßnahmen zu einer Verstärkung des direkten Dialogs zwischen EU und NATO unterstützen.

Ein Europa, das von Offenheit profitiert

Polen wird während seiner Ratspräsidentschaft die europäische Außen- und Sicherheitspolitik, die die Stärkung der EU auf der internationalen Arena zum Ziel hat, unterstützen. Unser Land setzt sich ein für eine Erweiterung der Zone europäischer Werte und Regelungen, unter anderem durch die Erweiterung der EU und die Entwicklung der Zusammenarbeit mit den Nachbarländern. Durch die Schaffung von Freihandelszonen mit den Staaten der Östlichen Partnerschaft wird sich die von EU-Grundsätzen und -regelungen erfasste Zone vergrößern. Die Fortsetzung des EU - Erweiterungsprozesses führt auch dazu, dass dem Binnenmarkt Millionen neuer Verbraucher zugeführt werden.

Angesichts der jüngsten Ereignisse in Tunesien, Ägypten, Libyen und auch in anderen südlichen Nachbarländern der EU strebt die polnische Ratspräsidentschaft nach einer auf Partnerschaft gegründeten Zusammenarbeit, die sich auf die Förderung der demokratischen Transformation, den Aufbau moderner staatlichen Strukturen (auf der Basis von Verfassungsreformen), die Stärkung des Gerichtswesens und die Bekämpfung der Korruption konzentriert. Im Hinblick auf die Entwicklung der Bürgergesellschaft wird EU-Unterstützung besonders im Zusammenhang mit dem Schutz der Grundfreiheiten und der Stärkung von Mechanismen zur Vorbeugung der Verfolgung von Minderheiten, darunter Christen, wesentlich sein. Parallel dazu müssen Wachstum und wirtschaftliche Entwicklung sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze unterstützt werden, außerdem die Vertiefung der Handelsbeziehungen und die Erleichterung des Personenverkehrs für bestimmte Gruppen der Gesellschaft.

Polen wird im Rahmen seiner Ratspräsidentschaft darauf achten, dass Europa seine östlichen Nachbarn nicht aus den Augen verliert. Dazu gehört, dass im Rahmen der Östlichen Partnerschaft der Abschluss von Assoziierungsabkommen und die Schaffung von Freihandelszonen voranschreiten. Es geht unter anderem um den Abschluss oder zumindest wesentliche Fortschritte in den Verhandlungen mit der Ukraine und der Republik Moldau. Die polnische Präsidentschaft strebt Fortschritte in den Verhandlungen über Visaerleichterungen an. Wir hoffen, dass während des Septembertreffens der Östlichen Partnerschaft unter Beteiligung der Staats- und Regierungschefs aller Mitglied- und Partnerstaaten politische Schlüsselentscheidungen in diese Richtung getroffen werden. Im Falle von Belarus ist es das Ziel der EU, diesen Staat zur Zu-

sammenarbeit mit dem Westen zu ermuntern, jedoch unter der Voraussetzung, dass in Belarus die Grundsätze der Demokratie und der Menschenrechte respektiert werden.

Polen will im Rahmen der Präsidentschaft auch einen Fortschritt in der Umsetzung der Erweiterungsidee erzielen. Deshalb ist es ein wesentliches Ziel der polnischen EU-Ratspräsidentschaft, den Beitrittsvertrag mit Kroatien zu unterzeichnen. Wir werden auch alle für den Fortgang der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei günstigen Umstände nutzen. Die polnische Präsidentschaft wird sich um sichtbare Fortschritte in den Beitrittsverhandlungen mit Island bemühen und die europäischen Aspirationen der Westbalkan-Staaten unterstützen. Die Ratspräsidentschaft hofft auch, dass es gelingt, einen neuen Rahmen der Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland zu schaffen. Dabei geht es um die Unterstützung von Maßnahmen, die der Unterzeichnung eines neuen Abkommens mit Russland und der Entwicklung der Modernisierungspartnerschaft zwischen der EU und Russland dienen.

Im Bereich der gemeinsamen Handelspolitik ist während unserer Präsidentschaft die Fortsetzung der gegenwärtigen Runde der multilateralen Handelsverhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation, die so genannte Doha-Runde, die wichtigste Angelegenheit. Neben weiteren Schritten zur Liberalisierung des Handels, also den Abbau von Zollschränken, werden dort unter anderem Probleme wie die Subventionierung der Landwirtschaft, das Patentrecht, Antidumpingregelungen sowie der Schutz geistigen Eigentums diskutiert.

Mehr Informationen zu diesen Themen können Sie auf der offiziellen Seite der polnischen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union www.pl2011.eu finden, die auch auf Deutsch zugänglich ist. Wir sind dort für Sie da!



Termine	
20.07.2011	Panel: Auswirkungen der arabischen Revolutionen auf die EU, 20 Uhr, Europe Direct Informationszentrum Stuttgart
21.07.2011	Panel der Vertretung der Europäischen Kommission „Wie solidarisch soll die EU sein?“, 19 Uhr, Best Western, München
27.07.2011	Informationsveranstaltung der Europa Union Deutschland „Ist Europas starke Wirtschaft in Gefahr“, 18.30 Uhr, Stammhaus Balzer, Wiesbaden
31.08.2011	Aktuelle Rolle Berlins als Bundesland im geeinten Europa, 19 Uhr, Restaurant Cabinet, Berlin

Gespräch mit Jerzy Buzek, Präsident des Europäischen Parlaments



Fotos © Europäisches Parlament, 2011

Bereits 1980 trat Jerzy Buzek der polnischen Solidarnosc bei. Während des Verbots der Gewerkschaft in den 1980er Jahren, aber auch nach 1989, war er Mitorganisator verschiedener Gewerkschaftskongresse. Den vorläufigen Höhepunkt seiner politischen Karriere erlebte der studierte Chemieingenieur 1997, als er vom Sejm zum Ministerpräsidenten Polens gewählt wurde. Während seiner Amtszeit verfolgte Buzek eine Politik der Annäherung an die Europäische Union. Seine Regierung hatte allerdings große Schwierigkeiten, die Maßnahmen zur Vorbereitung der EU-Mitgliedschaft durchzusetzen. Nachdem die Regierung durch den Austritt ihres Koalitionspartners die Mehrheit verloren hatte, musste sein Wahlbündnis bei der Wahl 2001 eine herbe Niederlage einstecken. 2004 wurde er, nun als Mitglied der konservativ-liberalen Bürgerplattform (PO) in das Europäische Parlament gewählt. Seit 2009 hat er das Amt des Parlamentspräsidenten inne, das er Ende 2011 aufgrund interner Absprachen an den Sozialdemokraten Martin Schulz abtreten wird. Buzek setzt sich in seiner Amtszeit besonders für die Wahrung der Menschenrechte ein.

Europathemen: Ist das Europäische Parlament, gemessen am deutschen Bundestag, am polnischen Sejm oder an der französischen Nationalversammlung, ein vollwertiges Parlament?

Buzek: Aber natürlich! Das Europäische Parlament wird in allgemeiner, freier, geheimer und gleicher Wahl direkt von den Bürgern der Europäischen Union gewählt. Welche anderen Kriterien gibt es zur Vollwertigkeit eines Parlaments? Selbstverständlich ist das Europäische Parlament nicht in vollem Umfang mit nationalen Parlamenten vergleichbar. Die EU ist immerhin kein souveräner Staat, sondern handelt nur im Rahmen der ihr übertragenen Rechte. Juristen sprechen vom Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung. Doch

gerade aus diesem Grund wird im Europäischen Parlament Demokratiegeschichte geschrieben. Es ist auf der Welt die einzige direkt gewählte Volksvertretung auf supranationaler Ebene. Seit der ersten direkten Europawahl im Jahr 1979 hat das Europäische Parlament seine Kompetenzen kontinuierlich ausweiten können. Heute entscheiden wir so gut wie auf gleicher Augenhöhe mit den Mitgliedstaaten im Rat.

Europathemen: Wo liegen denn die Gründe für das europäische Demokratiedefizit? Oder gibt es ein solches am Ende gar nicht?

Buzek: Demokratiedefizit ist ein großes Wort. Selbstverständlich ist unsere Demokratie immer verbesserungswürdig. Selbstverständlich ist die

europäische Ebene weiter entfernt von den Bürgern als die nationale, regionale oder gar lokale Ebene. Daher müssen wir auch eine besondere Anstrengung unternehmen, Europa den Bürgern näher zu bringen.

Im rechtlichen Sinne hat die EU kein Demokratiedefizit. Wie jedes föderal organisierte Gemeinwesen wird die EU doppelt legitimiert: von demokratisch gewählten Regierungen der Mitgliedstaaten und von einem demokratisch und direkt gewähltem Parlament. Ich finde es unangemessen und sogar gefährlich, die Legitimität der Europawahl mit fadenscheinigen Argumenten zu hinterfragen, wie dem, dass im Wahlkampf nur nationale Themen eine Rolle spielen würden. Wir können dem Wähler doch keinen Intentionsprozess machen! Oder kann mir jemand mit voller Sicherheit garantieren, dass bei den Wahlen zu den deutschen Landtagen die bundespolitische Stimmung keine Rolle spielt? Nein, diese Argumentation ist rechtlich unhaltbar.

Im kommunikativen Sinne jedoch gibt es durchaus so etwas wie ein Demokratiedefizit. Für die meisten Bürger ist ein europäischer öffentlicher Raum noch keine Realität. Die europaweiten Medien, Parteien und Verbände stecken noch in den Kinderschuhen. Allerdings gebe ich zu bedenken, wie viel sich in dieser Hinsicht schon getan hat. Inzwischen gibt es bereits einige Medienformate, die ein europaweites Publikum ansprechen. Ganz zu schweigen von den vielen Blogs und sozialen Netzwerken im Internet, die für die heutige Jugend eine Selbstverständlichkeit geworden sind - oft über alle Grenzen hinweg.

Europathemen: *Sind Sie überrascht von der – so im Vorfeld des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon nicht erwarteten – Bedeutungszunahme des Europäischen Rats? Zu welchen Teilen ist diese Entwicklung im Vertrag angelegt beziehungsweise der Eurokrise geschuldet?*

Buzek: Der Vertrag von Lissabon ist in erster Linie ein Vertrag der Parlamente. Sowohl das Europäische Parlament als auch die nationalen Versammlungen sind am meisten gestärkt worden. Man muss sich nur einmal vor Augen halten, wo das Europäische Parlament vor nicht einmal 20 Jahren stand. Bis auf den Haushalt, und dort auch nur in sehr beschränktem Maße, war es in keinem Politikbereich entscheidungsbefugt. Heute sind wir in über 90 Prozent der Gesetzgebung voll stimmberechtigt. Der Vertrag von Lissabon ist einen entscheidenden Schritt hin zu einem Zweikammer-

system gegangen, wie wir es auch in Deutschland kennen. Dem Rat als Staatenkammer steht nun das Parlament als Bürgerkammer gleichberechtigt zur Seite. Auch die nationalen Parlamente haben eine feste Rolle im institutionellen Gefüge der EU gefunden - eine Rolle, die sie erfolgreich ausfüllen.

Wenn die Parlamente die größten Gewinner des Vertrags von Lissabon sind, heißt das aber nicht unbedingt, dass dies auf Kosten der anderen Institutionen gehen muss. Jede einzelne Institution ist in der Vertragsreform gestärkt worden - insofern die EU insgesamt. Das delikate institutionelle Gleichgewicht mag sich mit Sicherheit etwas verschieben, aber es bleibt ein Gleichgewicht. Daher ist es nur folgerichtig, dass auch der Rat gestärkt aus der Novellierung hervorging. Für den Europäischen Rat trifft dies in besonderem Maße zu, da er mit dem Vertrag von Lissabon überhaupt erst zum offiziellen Organ der Union wurde - und mit dem Amt des ständigen Ratspräsidenten ein Gesicht erhielt.



Jerzy Buzek: Die Parlamente sind die Gewinner

Dass die Schuldenkrise dabei als eine Form von Katalysator wirkt, ist nicht verwunderlich. Die EU musste Antworten auf neue Problemlagen finden, die unter anderem eine Fortentwicklung der Verträge und der Institutionen erforderten. Ein solcher Schritt wurde in der Geschichte Europas immer zuerst von den souveränen Mitgliedstaaten gegangen. So war es mit Schengen, so war es mit den Vertragsreformen der Vergangenheit. Insofern ist der Europäische Rat ein Gremium, das in der aktuellen Situation besonders gefordert ist.

Europathemen: *Die EU steht angesichts der Euro-Schuldenkrise unter enormer Spannung. Wie gefährdet ist das europäische Einigungswerk?*

Buzek: Zeiten der Krise sind immer Zeiten der Bewährung. Die Antwort auf die aktuellen Probleme ist mehr Europa statt weniger. Viele Schwierigkeiten wurden ja dadurch befeuert, dass die wachsende wirtschaftliche und finanzielle Verflechtung unserer Länder, von der vor allem eine Exportnation wie Deutschland profitiert, nicht durch adäquate Entscheidungskompetenzen auf europäischer Ebene begleitet wurde.



Jerzy Buzek mit Bundeskanzlerin Angela Merkel

Schauen wir auf die Problematik der Staatsverschuldung: Die Europäische Kommission ist von einigen Mitgliedstaaten mehrmals daran gehindert worden, die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes durchzusetzen. Hier muss sich etwas ändern! Deswegen fordert das Europäische Parlament auch die Einführung von automatischen Sanktionsmechanismen, wo es nur geht. Vier der sechs Gesetzgebungsakte zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes erfordern die Zustimmung des Parlaments. In den Verhandlungen haben wir es bereits geschafft, dass sechs von sieben Automatismen in Form von umgekehrten Mehrheitsentschlüssen wieder aufgenommen werden. Sie erinnern sich: Das waren die Passagen, die nach dem berühmten Spaziergang von Deauville aus dem Paket gestrichen worden waren. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir auch im siebten Fall ein Entgegenkommen des Rates bewirken können, denn die Position des Parlaments ist deckungsgleich mit der Kommission, der Europäischen Zentralbank und übrigens auch dem Deutschen Bundestag.

Nur gemeinsam können wir die Krise meistern. Nur gemeinsam können wir sie nutzen, um stärker aus ihr hervorzugehen als zuvor. Die wichtigste Voraussetzung dafür ist wechselseitiges Ver-

trauen. Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie hart es ist, zu sparen und Strukturreformen voranzubringen. Daher verstehe ich auch die Proteste in Griechenland. Es liegt in der Verantwortung Griechenlands, das Notwendige zu tun, um die Versäumnisse der Vergangenheit zu beheben. Das Reformpaket, das die griechische Regierung gegen so viele Widerstände auf den Weg gebracht hat, ist bereits ein unglaublicher Kraftakt in diese Richtung. Jetzt ist es unsere Verantwortung, Solidarität zu zeigen und Griechenland nicht fallen zu lassen. Die Beispiele Lettlands oder Litauens zeigen uns, dass nach schmerzhaften Eingriffen ein Land schnell wieder auf die Beine kommen kann. Ich bin mir sicher, dass wir es schaffen können, und ich bin mir sicher, dass die Europäische Union gestärkt aus der Krise hervorgehen wird.

Europathemen: *Wie beurteilen Sie das Anschwellen populistischer, antieuropäischer Stimmen in praktisch allen EU-Mitgliedstaaten?*

Buzek: Es gibt zurzeit tatsächlich ein Anschwellen von antieuropäischer Stimmung in einigen, aber nicht in allen Mitgliedstaaten. Schauen Sie in mein Heimatland, nach Polen. Zu Beginn der ersten Ratspräsidentschaft meines Landes haben wir Zustimmungsraten zur Europäischen Union von mehr als 80 Prozent. Die jungen Polen sind zu wirklichen Euro-Enthusiasten geworden - ich bin mir sicher, dass dieser Enthusiasmus ansteckend wirkt.

Dass es anderswo auch negative Stimmen gibt, ist nicht verwunderlich. Das ist in einer Krise wie dieser zu erwarten. Wir müssen uns in Erinnerung rufen, wie stark der Schock war, der nach Europa importiert wurde. In 2008 ist der gesamte Westen in die tiefste Rezession seit den 1930ern geschlittert. Fast 5 Prozent Wirtschaftseinbruch in Deutschland! Verglichen mit den Geistern, die damals geweckt wurden, sind wir mehr als glimpflich davon gekommen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass uns die Krise nach anfänglichen Verstimmungen näher zueinander führen wird. Wir haben gemerkt, dass wir alle im selben Boot sitzen, wie sehr wir aufeinander angewiesen sind. Die Diskussionen der letzten Wochen sind auch der Beginn einer europäischen Öffentlichkeit. Oder haben Sie es schon einmal erlebt, dass wirtschaftliche Reformpakete im Parlament eines Mitgliedstaates mit so viel Leidenschaft in allen Ecken unseres Kontinents diskutiert wurden?

Bitte verstehen Sie mich nicht falsch: Ich will nicht sagen, dass Europa heute unangreifbar geworden

sei. Aber wenn wir alle unserer Verantwortung nachkommen, dann werden wir mittel- und langfristig auch die Bürger davon überzeugen, das Notwendige und Richtige getan zu haben.

Europathemen: Was kann das Europäische Parlament dazu beitragen, die Unionsbürger stärker für Europa zu interessieren? Was muss sich ändern, um mehr europäische Öffentlichkeit zu schaffen?



Jerzy Buzek zum Auftakt der polnischen Ratspräsidentschaft mit Polens Premierminister Donald Tusk im Europäischen Parlament

Buzek: Das Europäische Parlament muss immer stärker zum Brennglas der europäischen Öffentlichkeit werden. Wir müssen der Ort sein, an dem komplexe Vorgänge verständlich und transparent gemacht werden. Dafür brauchen wir auch mehr politischen Wettstreit der Ideen. Der Übergang vom Europa der Diplomaten zum Europa der Bürger wird an erster Stelle im Europäischen Parlament gemacht werden. Dies ist die Verantwortung der Parlamentarier, die sich auf der Höhe der moralischen und politischen Erwartungen der Bürger bewegen müssen. Dies ist die Verantwortung der Parteien, die sich europäisch besser organisieren müssen, um bei den Wahlen wirkliche Alternativen zu bieten. Dies ist die Aufgabe der Mitgliedstaaten, die der Volksvertretung einen tatsächlichen Entscheidungsraum eingestehen müssen.

Ich bin zuversichtlich, dass bei der Europawahl 2014 mehrere Parteien mit einem gemeinsamen europäischen Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten antreten werden. Die Entscheidungsgewalt hierüber liegt nicht bei mir, aber ich denke, dass viele Verantwortliche in der europäischen Politik diese Zeichen der Zeit genauso sehen wie ich. Die Bürger der Union müssen eine tatsächliche Wahl haben!

Europathemen: Sie haben Anfang der 1980er Jahre in Spitzenpositionen in der Gewerkschaft *Solidarność für Demokratie und Freiheit* gekämpft. Der Fall des Eisernen Vorhangs begann in Polen. Schmerzt es Sie, wenn heute - drei Jahrzehnte später und nur wenige Jahre nach der „Wiedervereinigung Europas“ - neue Barrieren zwischen den Europäern errichtet werden?

Buzek: Welche Barrieren meinen Sie? Die Verstärkung von stichprobenartigen Grenzkontrollen zwischen einzelnen Mitgliedstaaten ist mit Sicherheit nicht mit dem "Eisernen Vorhang" vergleichbar. Dennoch werde ich mich mit aller Kraft zur Wehr setzen, wenn Errungenschaften der europäischen Einigung, die von einer überwältigenden Mehrheit der Bürger begrüßt werden, ohne Not zurückgeschraubt werden. Ich vertraue darauf, dass die Kommission streng untersuchen wird, ob die Maßnahmen zur Verschärfung der Grenzkontrollen mit dem Europarecht vereinbar sind. Eine Aufweichung des Rechts wird es mit dem Europäischen Parlament zumindest nicht geben.

Alles in allem glaube ich, dass die Wiedervereinigung unserer Kontinents gerade erst anfängt, Früchte zu tragen. Die Europabegeisterung meiner Landsleute habe ich bereits erwähnt. Mit Freude stelle ich fest, dass für eine ganze Generation junger Menschen Europa eine Wirklichkeit ist, die sie nicht mehr missen wollen. Die Generation Erasmus ist zu einem wirklichen Massenphänomen geworden. Die heutige Jugend studiert, lebt und arbeitet wie selbstverständlich in Ost und West, in Helsinki, Barcelona oder Prag. Heute bewahrheitet sich das, was Johannes Paul II. 1988 vor dem Europäischen Parlament gefordert hat: Europa atmet wieder mit beiden Lungenflügeln. Dieser Atem wird uns sehr weit tragen.

Impressum

dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstr. 169/170

10117 Berlin

Tel.: +49/(0)30/4081-40

Fax: +49/(0)30/4081-4999

ViSdP Christian Moos, Thomas Bemann

Für die Inhalte der in den dbb europathemen gelinkten Internetseiten übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Kontakt:

Lob & Kritik

An- & Abmeldung von Europathemen

Internet: <http://www.dbb.de>